

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

Wien, am Samstag, den 28. Februar 1925

-----  
Keine Gemeinderatssitzung. In der kommenden Woche halten Stadtsenat und Gemeinderat keine Sitzungen ab.

-----  
Störungen im Feuerwehrleitungsnetz. Der letzte Schneefall hat im Wiener Gemeindegebiet ziemlich bedeutende Störungen im Feuerwehrleitungsnetz verursacht. Durch die Schneelast rissen neunzig Drähte und durch Feuchtigkeitsschluss ereigneten sich dreihundzwanzig Erdschlüsse. Dem Telegrafpersonal der städtischen Feuerwehr gelang es in angestrengtester Arbeit die Störungen in kürzester Zeit zu beheben.

-----  
Die Finanzsorgen der Städte. Im Wiener Rathaus versammelte sich heute unter dem Vorsitz des Obmannes Bürgermeisters Seitz der Grosse Ausschuss des Städtebundes, um zu der von der Regierung geplanten neuerlichen Novellierung des Abgabenteilungsgesetzes Stellung zu nehmen. Es waren die Bürgermeister fast aller grösseren Städte der Republik erschienen.

Der Präsident des Wiener Landtages, Nationalrat Dr. Danneberg, gab einen Ueberblick über den Umfang der von der Regierung vorgeschlagenen Novellierung des Abgabenteilungsgesetzes und legte folgende Entschliessung vor:

Der Grosse Ausschuss des Städtebundes legt energisch dagegen Verwahrung ein, dass neuerdings versucht wird, die Bundes- und Länderfinanzen auf Kosten der grossen Gemeinden zu sanieren.

Der Grosse Ausschuss stellt fest, dass alle grösseren Gemeinden in Anbetracht der grossen Aufgaben, die sie zu erfüllen haben, an Knappheit der Mittel leiden und selbst gezwungen sind, dringende Angelegenheiten unerledigt zu lassen, da ihnen die Bedeckung für die notwendigsten Ausgaben fehlt.

Unter solchen Umständen die Anteile der Städte an den gemeinsamen Abgaben des Bundes oder eines Landes zu kürzen, ist ganz unmöglich.

Der Grosse Ausschuss muss sich daher mit aller Entschiedenheit gegen den Vorschlag der Bundesregierung wenden, der den Städten Einnahmen zugunsten der Länder entziehen will. Er muss im Gegenteil verlangen, dass die Abgabenteilung zugunsten der Städte einer Ueberprüfung unterzogen wird. Der künstliche Verteilungsschlüssel für die Warenumsatzsteuer und die Getränkesteuer bedeutet in seiner heutigen Gestalt eine Begünstigung der kleinsten Orte, die häufig infolgedessen gar keine Umlagen einheben. Darum muss eine Aenderung des Dannebergsschlüssels bei den Getränkesteuern zugunsten der grossen Gemeinden und die Ersetzung des Goldsteuerschlüssels für die Verteilung der Warenumsatzsteuer durch eine gerechte Verteilungsmethode gefordert werden.

Die Vorschläge der Bundesregierung, die auf die Aufhebung der Steuerhoheit der Länder abzielen, bedeuten eine schwere Benachteiligung auch für die Städte, da im Falle der Verwirklichung der Kampf um jedes städtische Steuergesetz doppelt geführt werden müsste.

Der Städtebund mahnt die Regierung, über die Lebensinteressen der grossen Gemeinden nicht gleichgültig hinwegzugehen und spricht die Erwartung aus, dass nicht nur den Ländern, sondern auch den Städten Gelegenheit gegeben wird, ihren Standpunkt in den schwebenden Fragen rechtzeitig zu vertreten.

An der Aussprache über diese Entschliessung beteiligten sich Vizebürgermeister Fichler (Klagenfurt), Finanzreferent Stadtrat Dr. Fischer (St. Pölten), Bürgermeisterstellvertreter Rückl (Graz), Vizebürgermeister Falka (Wiener-Neustadt), Bürgermeister Wolsegger (Klagenfurt) und Bürgermeister Eder (Innsbruck). Alle Redner betonten, dass der Städtebund alles aufbieten müsse, um die Gemeinden vor der geplanten finanziellen Benachteiligung zu behüten, da allein die Auswirkung des Goldsteuerschlüssels für die Städte mindestens den Entgang eines Siebentels ihrer Einnahmen mit sich bringen würde. Jede weitere Aenderung des Abgabenteilungsgesetzes zu Ungunsten der Städte würde dieses Gesetz für die Städtevertreter vollständig unannehmbar machen. Es wurde beschlossen, die Resolution, die einstimmig angenommen wurde, der Regierung zu übermitteln.

Aufstührender Stadtrat Breitner besprach die Möglichkeiten der Erlangung von Anleihen für die Gemeinden. Im allgemeinen müsse angesichts des hohen Zinsfusses vor Aufnahme von Auslandsanleihen abgesehen werden. Bei der Bewerbung um solche Anleihen sei grösste Zurückhaltung geboten, weil sonst für die Städte nicht nur keine Möglichkeit bestünde einen Kredit zu erlangen, sondern auch noch das Ansehen der Verwaltung schwer leiden könne.

Nach einer eingehenden Aussprache über dieses Referat wurde beschlossen, dass der Städtebund als Zentralstelle für die Ueberprüfung aller/den angeschlossenen Gemeinden gemachten Kreditangebote zu benutzen sei und die Gemeinden ihre Erfahrungen unverzüglich dem Städtebund mitzuteilen haben.

Auf Anregung des Obmannes der Geschäftsleitung Vizebürgermeisters Emmerling wurde ferner beschlossen alle Vorarbeiten für die Abhaltung eines grossen Städtetages im April oder Mai 1925, der sich eingehend mit der Abgabenteilung und verschiedenen wichtigen kommunalpolitischen Fragen beschäftigen soll, einzuleiten. Weiters wurde die seit September 1924 erscheinende Halbmonatsschrift „Oesterreichische Gemeindezeitung“ als offizielles Organ des Städtebundes erklärt und mit dem Mitgliedsbeitrag zugleich die Bezugspflicht dieser Zeitschrift für die Mitgliedsgemeinden festgesetzt.

Nach dreistündiger Dauer schloss Obmann Bürgermeister Seitz die wichtige Tagung.

-----  
Eine internationale Städtetagung. Unter dem Ehrenpräsidium des Ministerpräsidenten Herriot hat die Internationale Städtevereinigung in Brüssel, die alle Gemeindeverbände umfasst, den dritten internationalen Städtekongress nach Paris einberufen. Die Tagesordnung enthält ausser dem Bericht über die Tätigkeit der internationalen Vereinigung und der nationalen Vereinigungen der Städte und Gemeinden, noch ein Referat über die Ergebnisse einer Enquete über die Beziehungen zwischen den Gemeinden und der Zentralverwaltung in den einzelnen Staaten. Den grössten Raum innerhalb der Tagesordnung soll aber ein Referat über die Bodenpolitik der Gemeinden und ihr Einfluss auf das Wohnungsproblem einnehmen. Die Tagung wird vom 28. September bis 4. Oktober 1925 abgehalten und dürfte sehr zahlreich von allen Staaten beschiedt werden.